
Helke Stadtland

Arbeiter im Streik gegen „ihre“ Gewerkschaften Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) vor und nach dem Aufstand des 17. Juni 1953



Dr. Helke Stadtland, geb. 1968 in Emden, Studium der Geschichtswissenschaften und der Anglistik in Bielefeld und Edinburgh, Promotion an der Ruhr-Universität Bochum mit einer Arbeit zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, ist derzeit wissenschaftliche Assistentin am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum.

Der Aufstand im Juni 1953 stellt auch für die Geschichte der ostdeutschen Gewerkschaften eine bedeutende Zäsur dar. Während die Jahre zuvor noch bis zu einem gewissen Grad als Phase des Experimentierens betrachtet werden können, in der sowohl Herrschende wie auch Beherrschte nach und nach lernten, wieweit sie jeweils gehen konnten,¹ begann nach 1953 mit dem massiven Ausbau von sowohl Staatssicherheit wie auch Sozialpolitik eine neue Zeit, in der das immer engere Zusammenspiel von Repression und Pazifizierung die bis dahin entstandenen Konfliktaushandlungsformen noch einmal modifizierte.

Die Beschäftigten richteten sich während des Aufstandes besonders gegen „ihre“ Gewerkschaften. Viele Ursachen für die nun laut werdende Kritik an der Gewerkschaftsentwicklung lassen sich schon lange vor 1953 ausmachen. Gleichwohl wäre es irreführend, eine Geschichte des FDGB so zu schreiben, als ob seine Entwicklung zwangsläufig auf den Aufstand zusteuern musste. Zum einen spielten neben strukturellen auch situative Elemente eine große Rolle als Auslöser, zum anderen machte sich der Unmut der Beschäftigten nur an einigen ausgewählten Merkmalen des FDGB fest, während andere zentrale Weichenstellungen in der Gewerkschaftsentwicklung keinerlei Erwähnung in den umfangreichen Forderungskatalogen fanden. Entsprechend wird im Folgenden keine Kurzskeizze der Gesamtentwicklung des FDGB angestrebt, sondern anhand einer Analyse der Mitgliedererwartungen das Verhältnis der Beschäftigten zu ihren Gewerkschaften untersucht und über-

1 Andrew Port, When Workers Rumbled. The Wismut Upeheaval of August 1951 in East Germany, in: Social History 22 (1997), S. 145-173, S. 148.

prüft, inwieweit sich alternative Konfliktregelungsverfahren neben den Gewerkschaften entwickeln konnten.²

Das Vorspiel: Die Verhärtung der Fronten im illegalen Lohnkampf

Schon vor 1953 kam es verstärkt zu Protesten gegen die Gewerkschaften. Hauptauslöser dafür war deren Lohnpolitik, die sich im Wesentlichen durch zwei Entwicklungslinien seit 1945 kennzeichnen lässt. Erstens änderte sich die Aushandlungsform, indem das - unter der Besatzung ohnehin nur eingeschränkt bestehende - Recht der Gewerkschaften zu autonomen Tarifverhandlungen allmählich in die Hände des Staates übergang, wo die Festlegung der Tarife schließlich Teil der Wirtschaftsplanung wurde. Zweitens wurden zunehmend Entlohnungsformen nach dem Leistungsprinzip durchgesetzt. Einen grundsätzlichen Widerstand gab es zwar bei der Mehrheit der Beschäftigten gegen keine dieser beiden Weichenstellungen. Im Falle der Leistungslohnpolitik sollte sich aber zeigen, dass diese nur akzeptiert wurde, wenn es gelang, sie etwa durch Arbeitszurückhaltung bei der Zeitnahme oder einen - an sich unerlaubten, gleichwohl breit praktizierten - Arbeitsplatzwechsel individuell zu unterwandern und damit den eigenen Lohn in tarifpolitisch nicht vorgesehener Weise deutlich zu erhöhen.

Eben dies wurde seit Ende der 1940er-Jahre immer mehr erschwert. Mit Hilfe der Einführung so genannter Technischer Arbeitsnormen sollten die Normen umfassend erhöht werden. Der im Februar 1953 durch das SED-Zentralkomitee eingeleitete „Feldzug der strengen Sparsamkeit“ setzte sich zum Ziel, dass sich die Summe der Lohnzuschläge gegenüber der Vorjahressumme nicht erhöhen dürfe. Im Frühjahr 1953 jagte eine Kampagne zur freiwilligen Erhöhung der Normen die andere, wobei die Beschäftigten zunehmend mit Drohungen, im Falle einer Weigerung als Gegner zu gelten, unter Druck gesetzt wurden; mitunter entschieden auch schlicht Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre vor Ort eine „freiwillige“ Normenerhöhung. Schließlich beschloss die Parteiführung der SED im Mai 1953 eine administrative Normenerhöhung um durchschnittlich mindestens zehn Prozent bis zum 1. Juni 1953, wobei das Stichdatum kurz darauf auf den 30. Juni 1953 verschoben wurde.

Je geringer die Möglichkeiten wurden, das Leistungslohnsystem zu unterwandern, desto deutlicher wurde eine Proteststimmung bei den Belegschaften. Aus der sich oft nur in einer Arbeitszurückhaltung ausdrückenden stummen Gegenwehr vieler Beschäftigter konnte nun mitunter ein offener Konflikt werden, bei dem auch vor Gewaltandrohung oder gar -anwendung nicht zurückgeschreckt wurde. So musste etwa ein Genosse vor seiner Betriebsgruppe berichten: „Bei der letzten Produktionsbesprechung in der Schlosserei, in der er um Mitarbeit zur Erstellung von Normen aufforderte, wurde ihm der Zuruf zuteil: „Jawoll, mit dem Knüppel“, was er für einen Scherz hielt und gar nicht darauf einging. Im Hafen sei er bei derselben Absicht bald herausgeprügelt worden.“³ Besonders in den ersten beiden Juniwochen 1953 war dann immer häufiger zu beobachten, dass denjenigen, die Normen erhö-

2 Zur umfangreichen Literatur zum Juniaufstand, in der auch hier nicht berücksichtigte Aspekte und Trägergruppen behandelt werden, s. z.B. www.17juni53.de. Für ausführliche Belege der folgenden Thesen s. Helke Stadtland, Herrschaft nach Plan und Macht der Gewohnheit. Sozialgeschichte der Gewerkschaften in der SBZ/DDR 1945-1953, Essen 2001.

3 Protokoll über die außerordentliche Betriebsgruppenversammlung am 7.12.1949, Magdeburg 12.12.1949, S. 2, in: Landesarchiv Magdeburg/Landeshauptarchiv (LAMA/LHA), VEB FL, Nr. 57.

hen wollten, gedroht wurde, sie niederzuschlagen.⁴ Daneben war eine Gewaltanwendung gegen Sachen zu verzeichnen: Nicht selten wurden wertvolle Materialien und Werkzeuge zerstört, um eine Einführung neuer Normen unmöglich zu machen.⁵

In demselben Zusammenhang nahm auch der Unmut gegen die Gewerkschaften zu. Nachdem 1951 die Akkordsätze in einem Betrieb geändert worden waren, weigerten sich die Beschäftigten, „Gewerkschaftsgruppen zu bilden und die notwendigen Funktionäre zu wählen, sie sagen, hättet ihr uns unseren Lohn gelassen, so würden wir schon mitmachen“.⁶ Manche drückten ihren Protest durch eine Nichtbeteiligung an Gewerkschaftswahlen, die Abgabe einer ungültigen Stimme, eine Zurückhaltung der Gewerkschaftsbeiträge oder eine Weigerung, die 1951 eingeführten Betriebskollektivverträge zu verabschieden, aus. Einzelne traten explizit aufgrund der administrativen Normenerhöhung von 1953 aus dem FDGB aus.⁷

Schließlich kam es vermehrt zu kleinen Arbeitsniederlegungen, die sich vor allem seit dem Frühjahr 1953 häuften, als es neben Normenerhöhungen und Sparsamkeitsregime auch noch zur Zurückdrängung des Konsumsektors, einer Verschlechterung der Ernährungslage und einer Anhebung von Verbraucherpreisen gekommen war.⁸ Drei- bis vierstündige „Erfahrungsaustausche“ waren in einem Betrieb bei der ersten Lohnzahlung nach der Normenerhöhung vonnöten, um die Beschäftigten zumindest scheinbar zu beruhigen. Dennoch wurde in der Nähe des Zimmers der Betriebsgewerkschaftsleitung, die sich aktiv für die Normenerhöhung eingesetzt hatte, die Aufschrift „Akkord ist Mord, was ist dein Lohn und deine Leistung?“ gefunden, und am Schrank eines Gewerkschaftsfunktionärs war ein Zettel mit „Arbeiterverräter“ befestigt worden.⁹ Andernorts äußerten Beschäftigte: „Wenn die Kollegen mit den Normenerhöhungen nicht einverstanden sind und sie werden trotzdem vorgenommen, so haben sie lt. den Satzungen des FDGB das Recht zu streiken.“¹⁰

Die zunehmenden Spannungen waren unübersehbar und wurden durchaus registriert; allerdings nahmen viele Gewerkschaftsfunktionäre, zumindest auf den oberen und selbst mittleren Hierarchieebenen, den dahinter stehenden Unmut nicht hinreichend ernst. So war es kein Einzelfall, wenn im Frühjahr und Frühsommer 1953 nach punktuellen Streiks die Parole ausgegeben wurde, keine Zugeständnisse zu machen, um keinen Präzedenzfall für umliegende Betriebe zu schaffen, und wenn angebliche „Rädelsführer“ der Staatssicherheit übergeben wurden.¹¹ Ebenso lieferte die Gewerkschaftsführung den letzten Auslöser für

4 Protokoll der außerordentlichen Beratung des Kollegen Rudi Kirchner, BV, mit den Vorsitzenden der IG/Gew. am 4.6.1953 über die Erhöhung der Arbeitsnormen, gez. Köhler, S. 2, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 34, 21373.

5 Dieter Voigt u.a., Sozialstruktur der DDR. Eine Einführung, Darmstadt 1987, S. 144.

6 Bericht über den Betrieb Piesche & Reife in Kamenz, in: FDGB LV Sachsen, Informationsbericht über die politische Lage in den Betrieben in der Woche vom 25.11.-1.12.1951, gez. Thal, Dresden 1.12.1951, S. 3, in: Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), FDGB LV, Nr. 320.

7 FDGB BV, Abt. Löhne, Bericht über die Stimmungen der Arbeiter zur Frage der allgemeinen Erhöhung der Arbeitsnormen, Berlin 8.6.1953, S. 2, in: SAPMO-BArch, DY 34, 21373.

8 Vgl. etwa ZV der IG Chemie, Sekretariat, Bericht über den Stand der Normenerhöhung innerhalb des Industriezweiges Chemie aufgrund des Beschlusses Nr. 112 vom 22.5.1953, gez. Keller, Abt. Löhne, Berlin 11.6.1953, S. 4, in: SAPMO-BArch, DY 34, 15/194/1499.

9 BGL, Bericht über Normüberprüfung im Walzwerk Hettstedt, Abschrift o.D. (Anfang Juni 1953), in: SAPMO-BArch, DY 34, 15/194/1499.

10 IG TeBeLe an Lehmann, BV FDGB, Abt. Löhne, gez. Relius, Instrukteur, 10.6.1953, S. 4f., in: SAPMO-BArch, DY 34, 15/194/1499.

11 S. als Beispiel Schünmann, Bericht über die Arbeitsniederlegung im Treuhandbetrieb Kjellberg Finsterwalde, Berlin 30.5.1953, S. 2; FDGB Bezirksvorstand Cottbus, Sekretariat, Bericht über die Vorkommnisse in den Treuhandbetrieben Fimag und Kjellberg in Finsterwalde, Cottbus 6.6.1953, beides in: SAPMO-BArch, DY 34, 15/194/1499.

den Massenstreik und Aufstand vom 17. Juni 1953. Kurz zuvor, am 9. Juni 1953, hatte das Politbüro der SED überraschend ein Kommuniqué veröffentlicht, das Fehler eingestand und einen „Neuen Kurs“ verkündete, welcher in erster Linie Verbesserungen für Bauern und den gewerblichen Mittelstand bereithielt. Dieses Kommuniqué wirkte aber nicht, wie intendiert, pazifizierend, sondern eher konfliktstimulierend, beinhaltete es doch genau jenes leichte Nachlassen von Druck, wie es offenbar jeder größeren Erhebung vorausgeht.¹²

Die gewerkschaftlichen Basisfunktionäre, die für eine begleitende „Aufklärung“ zuständig gewesen wären, waren verunsichert: Sie erfuhren ebenso wie die Beschäftigten oft erst aus dem Rundfunk von den neuen Beschlüssen; mancherorts kam es sogar vor, dass Beschäftigte, die noch nicht informierte Funktionäre um eine Erläuterung baten, von diesen zu hören bekamen, dass die SED nie ein solches Kommuniqué verabschieden würde.¹³ Es sollte sich nun rächen, dass die Kaderpolitik der vorangegangenen Jahre einen auf umfangreiche Anweisungskataloge von oben angewiesenen Funktionärstyp privilegiert hatte. Zugleich waren die Chancen, die Beschäftigten nun noch zu beruhigen, aber ohnehin ausgesprochen gering. Allgemeines Misstrauen, ob die Versprechen der Regierung überhaupt verwirklicht würden, wenn wieder Ruhe hergestellt sei, verband sich mit der Unzufriedenheit der Arbeiter darüber, selbst vom Neuen Kurs nur geringfügig zu profitieren. Vor allem die Rücknahme der Normenerhöhungen wurde erwartet, wie dem Bundesvorstand des FDGB keinesfalls entging. Er wusste, dass in den Betrieben gefragt wurde: „Warum vertreten die Gewerkschaften unsere Interessen nicht und sprechen sich gegen eine Normenerhöhung aus?“¹⁴

Der Aufstand: Die Forderungen an die Gewerkschaften

Die FDGB-Spitze handelte jedoch nicht entsprechend dieser Kenntnisse, sondern blieb ihrer immer deutlicher eingenommenen Funktion eines Transmissionsriemens der SED treu, indem ein Sekretär beim Bundesvorstand des FDGB, Otto Lehmann, in der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ vom 16. Juni einen Artikel veröffentlichte, der den Beschluss der SED über die Normenerhöhung bestätigte: Damit war der endgültige Auslöser des Aufstandes geliefert, der sich auch prompt gegen die Gewerkschaften richten sollte. Ostberliner Bauarbeiter traten noch am 16. Juni in einen Streik und zogen zum Gewerkschaftshaus, um ihren Protest zu artikulieren. Erst als sie dieses verschlossen vorfanden, liefen sie weiter zum Haus der Ministerien. Noch am selben Tag nahm das Politbüro den Beschluss des Zentralkomitees über die administrative Erhöhung der Normen zurück - allerdings zu spät, um die aufgebrachten Arbeiter noch zu erreichen.

Am 17. Juni breitete sich der Streik nicht nur in Ostberlin, sondern auch in anderen Städten und Regionen aus. Dabei richtete sich der Unmut der Streikenden auch hier ganz wesentlich gegen den FDGB. In Leipzig etwa erreichte eine erste Welle von 1.500 bis 2.000 Demonstranten gegen 13 Uhr das Ernst-Thälmann-Haus, in dem die Bezirksvorstände von Industriegewerkschaften und FDGB untergebracht waren: Die Gewerkschaftsfunktionäre sollten

12 Ralf Dahrendorf, Zu einer Theorie des sozialen Konfliktes, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln 1970, S. 108-123, S. 121.

13 So ein Bericht aus Karl-Marx-Stadt, in: FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 21 (Vertraulich), Berlin 12.6.1953, S. 7, in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668.

14 FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 24 (Vertraulich), Berlin 16.6.1953, S. 2, in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668; Zitat: FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information: Sonder-Information Nr. 1 (Vertraulich), Berlin 8.6.1953, S. 4, in: FDGB BV, Org.-Instr.-Abt.

sich dem Demonstrationzug anschließen, wurde gefordert. Als diese das verweigerten, wurden sie als Arbeitverräter bezeichnet, die Türen eingedrückt und Losungen entfernt; es kam zu einer kurzen Schlägerei, bevor das Haus geräumt wurde. Gegen 16 Uhr ereignete sich ein ähnlicher Vorfall, an dem sich 500 bis 1.000 Personen beteiligten; dieses Mal schoss die kasernierte Volkspolizei über die Köpfe hinweg und wurde ihrerseits mit Steinen beworfen; nach ungefähr zweieinhalb Stunden war auch dieser Kampf zugunsten des FDGB beendet.¹⁵

Auch in den umfangreichen Forderungskatalogen, die viele Belegschaften erstellten, wird deutlich, dass der FDGB ein wichtiges Angriffsziel des in einen Aufstand umschlagenden Massenstreiks war, wie nicht zuletzt das Verlangen nach einer Auflösung des FDGB und dessen Ersetzung durch von der SED unabhängige Gewerkschaften zeigt.¹⁶ Ein wichtiger Grund für diese Angriffsrichtung liegt in dem allgemeinen Interessenprofil der Beschäftigtenmehrheiten der Nachkriegszeit begründet. Teils aufgrund der zunächst verheerenden Arbeits- und Lebensbedingungen, teils aufgrund einer Angst vor der sowjetischen Besatzungsmacht, teils aufgrund von „Lehren“, die aus dem Nationalsozialismus und seinem jähen Ende gezogen wurden, legten nur wenige genuine politische Interessen an den Tag, sondern orientierten sich deutlich an ihren unmittelbaren materiellen Vorstellungen. Basisfunktionäre hatten diesen Umstand schon früh erkannt, etwa wenn sie konstatierten, „dass sich aus den Lebensbedürfnissen die Stimmung der Belegschaft größtenteils auch in politischer Hinsicht ergibt. Bei manchen hängt eben der Idealismus von der Magenfrage ab.“¹⁷ Aber auch die Spitzenfunktionäre mussten nach und nach erkennen - mit einem deutlichen Schub nach der Erfahrung des Juniaufstandes -, dass die aktivsten und wirkungsvollsten Ausdrucksweisen von Unzufriedenheit nicht auf dem Gebiet der Verteidigung politischer und kultureller Werte zu finden waren, sondern bei der Einforderung materieller Interessen.¹⁸ Dabei sollten diese materiellen Interessen mehr und mehr auch eine kulturelle Dimension erhalten. Indem sie nicht nur den Interessenschwerpunkt der Bevölkerungsmehrheit, sondern auch die auf Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit gerichtete Zentralperspektive der Ideologie bezeichneten, konnten sie zum Hauptdogma der „Zivilreligion“ werden und einen Code für die Verständigung von Basis und Führung stellen, mit dem auch allgemeine Befindlichkeiten auszudrücken waren: „Der Lohnstreifen der Betriebsarbeiter war das Lesezeichen im Gebetbuch des Sozialismus“.¹⁹

Der immer gegebene Zusammenhang von Verteilungs- und Herrschaftskonflikten war also in der DDR, wo die Machthaber die politische Steuerung der sozialen und ökonomischen Prozesse beanspruchten, besonders eng²⁰ - für Mängel verantwortlich gemacht wurden von den Beschäftigten neben der SED-Spitze die traditionell für die Verteidigung materieller

15 So zumindest der Bericht in: FDGB, Bezirksvorstand Leipzig, Sekretariat, Analyse über die Ereignisse am 17. und 18. Juni 1953 im Bezirk Leipzig, Leipzig 17.7.1953, in: SAPMO-BArch, DY 34, 15/515g/3100.

16 FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 41 (Vertraulich), Berlin 24.6.1953, S. 1-3 und FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 43 (Vertraulich), Berlin 25.6.1953, S. 1-5, beide in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668.

17 Hilprecht, stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrats, 22.5.1946 (Adressat unklar), in: Landesarchiv Merseburg (LAME), BKW Mücheln, Nr. 523.

18 Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship: Inside the GDR 1949-1989*, Oxford 1995, S. 154.

19 Lutz Niethammer, *Die SED und „ihre“ Menschen. Versuch über das Verhältnis zwischen Partei und Bevölkerung als bestimmendem Moment innerer Staatssicherheit*, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.), *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*, Berlin 1997, S. 307-340, S. 326f.

20 Die lange Zeit in der alten Bundesrepublik, wo der Gedenktag des 17. Juni den Kampf demokratieliebender Ostdeutscher für die deutsche Einheit in Freiheit symbolisieren sollte, geführte Diskussion über den jeweiligen Stellenwert materieller und politischer Zielsetzungen geht also an der Wirklichkeit des Herrschafts- und Gesellschaftssystems der DDR mit seiner besonders engen Verwebung dieser beiden Bereiche, vorbei. Fulbrook, *Anatomy*, S. 177-179.

Interessen zuständigen Gewerkschaften. Dies zeigte sich auch in vielen der ganz konkreten Forderungen, etwa in dem Verlangen nach einer völligen Abschaffung der Normen oder einer allgemeinen Lohnerhöhung beziehungsweise - bescheidener - in der Bitte um die Beseitigung von Missständen bei der Einhaltung des Achtstundentages, der Bezahlung geleisteter Überstunden, in den Wohnverhältnissen und Arbeitsbedingungen oder um eine Rücknahme der Normenerhöhungen seit dem 1. April 1953.²¹

Grundsätzlich wurde die Kritik an der Arbeit der Gewerkschaften deshalb, weil die meisten Beschäftigten ihnen eine Interessenvertretung in ihrem Sinne nicht mehr zutrauten. Als entscheidend wurde in diesem Zusammenhang die vorangegangene, schleichende Unterordnung des FDGB unter die SED angesehen. Aufgrund der Preisgabe eigenständiger gewerkschaftlicher Entscheidungskompetenzen wurde der FDGB letztlich als machtlos wahrgenommen, wie sich in vielen Äußerungen zeigt, etwa dass der FDGB nur „Befehlsempfänger, nicht aber eine Arbeitervertretung“ sei oder dass die Gewerkschaften ohnehin nur von oben vorgeschrieben bekämen, „was sie dem Arbeiter aufzutischen sollen“ und dadurch unnötig geworden seien.²² Konsequenterweise scheint diese Ansicht auch in einer typischen Forderung im Zusammenhang des Juniaufstandes auf: „Der FDGB muss, wenn das Vertrauen der Werktätigen zum FDGB wiederhergestellt werden soll, eine Trennung von Partei und Gewerkschaft vornehmen.“ Die Satzung des FDGB sei entsprechend zu ändern: „Ein Gewerkschaftsfunktionär kann nicht zugleich Parteifunktionär sein.“²³ Selbst die Zentralvorstände einiger Industriegewerkschaften wagten, im Zusammenhang des Aufstandes die Gunst der Stunde zu nutzen und das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft grundlegend zu kritisieren. So wurde beispielsweise die „ständige Bevormundung durch die Partei“ kritisiert, die sich etwa darin zeige, dass jede kleine Versammlung von der Kreisleitung der SED genehmigt werden müsse, wenn man nicht verhaftet werden wolle, oder dass alle Versammlungsprotokolle der Staatssicherheit zu übergeben seien. Kritik wurde auch daran geübt, „dass die Partei an vielen Stellen unsere Funktionäre zu Briefträgern und Prügelknaben verwendet“. Während die SED Konflikten ausweiche, müssten die gewerkschaftlichen Basisfunktionäre den Kopf hinhalten. Die Gewerkschaftsleitungen sollten, so wurde gefordert, mehr Vertrauen erhalten und „auf ihrem Gebiet selbständig handeln können“.²⁴

Die Wahrnehmung der Beschäftigten und die Kritik selbst von Spitzenfunktionären war - auch wenn die Machtstellung der Partei gegenüber den Gewerkschaftern in der Praxis an der Basis noch etliche Jahre keineswegs eindeutig war²⁵ - berechtigt. Selbst Bundesvorstandsmitglieder des FDGB hatten dies erkannt und seit Ende der 1940er-Jahre immer wieder Briefe an das Zentralkomitee der SED verfasst, in denen sie geradezu darum bettelten, ihr Ansehen bei der Bevölkerung aufgrund von Bestimmungen der Partei nicht vollends verspielen zu müssen. Deutlich wird dieses Verlangen auch im Zusammenhang des Juniaufstandes. Nach-

21 FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 41 (Vertraulich), Berlin 24.6.1953, S. 1-3 und FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 43 (Vertraulich), Berlin 25.6.1953, S. 1-5, beide in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668.

22 So Äußerungen von Personen, die in den 1950er Jahren aus der DDR in die Bundesrepublik gekommen waren, wiedergegeben in: Viggo Graf Blücher, Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Eine Untersuchung der Arbeiterschaft in der volkseigenen Industrie der SBZ, Stuttgart 1959, S. 50f.

23 Abschrift: Die Belegschaft der Anwendungstechnischen Abteilung hat durch ihre Gruppenorganisatoren der AGL folgende Forderungen übermittelt zur Weiterleitung an die Werkleitung und BGL, o.D. (Kontext Juniaufstand), in: SAPMO-BArch, DY 34, 21736.

24 Äußerungen verschiedener Spitzenfunktionäre der IG Bergbau in: Anlage zum Protokoll der Sekretariatssitzung vom 6.7.1953, Halle (Saale) 9.7.1953, S. 2-7, in: SAPMO-BArch, DY 37, 87.

25 Vgl. etwa Thomas Reichel, „Feste Burgen der Partei“? Aufbau und Rolle der SED-Betriebsgruppen in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) 1946-1949, in: IWK 36 (2000), S. 62-99.

dem der FDGB gezwungen worden war, öffentlich die von der SED-Spitze beschlossenen Normenerhöhungen zu verteidigen und damit zu einem zentralen Angriffspunkt der Erhebung geworden war, versuchte der Bundesvorstand schon am 17. Juni, beim Zentralkomitee der SED eine Veröffentlichungsgenehmigung für seine Reformvorschläge, mit denen die Aufständigen pazifiziert werden sollten, zu erwirken - erfolglos.²⁶ Wieder einen Tag später flehte der FDGB-Bundesvorstandsvorsitzende Warnke Walter Ulbricht an „zu überprüfen, ob man nicht eine Formulierung findet, die zum Ausdruck bringt, dass die Gewerkschaften für die Verbesserung der Versorgung entsprechende Vorschläge machen können.“²⁷ Eine grundsätzliche Kritik an der Unterordnung unter die Partei wagte der Bundesvorstand nicht - er hatte aber immerhin ein Gespür dafür, zumindest den Anschein erwecken zu müssen, aus eigener Kraft im Sinne der Beschäftigten handeln zu können.

Dieser Hauptkritik an der Ausrichtung des FDGB lassen sich einige nachgeordnete Kritikpunkte knapp hinzufügen. Innerhalb der Gewerkschaften griffen einige Zentralvorstände noch einmal offen die zentralistische Struktur und die daraus resultierende mangelnde Eigenständigkeit der Industriegewerkschaften an. Die ständige Bevormundung und sture Kaderarbeit durch den Bundesvorstand sowie die Angst vor Repressionen bei den Zentralvorstandsmitgliedern hätten deren Arbeit stark behindert.²⁸ Die Beschäftigten selbst thematisierten im Zusammenhang des Aufstandes ein letztes Mal deutlich, dass sie sich die Möglichkeit einer offenen Artikulation ihrer Interessen wünschen würden. In den Vorjahren seien sie verstummt, nicht nur weil Äußerungen ohnehin zwecklos, sondern darüber hinaus auch noch gefährlich gewesen seien: Aus Angst vor Verhaftungen habe man sich nicht getraut, seine Meinung zu äußern.²⁹ Zuletzt wurde eine weit verbreitete Ablehnung der sowjetischen Besatzungsmacht beziehungsweise des sowjetischen Vorbilds, wie es auch beim Aufbau und der Transformation des FDGB deutlich zum Tragen gekommen war, noch einmal ausgesprochen akut: Nachdem sowjetische Panzer den Aufstand vom 17. Juni 1953 beendet hatten, nahm die „Antisowjethetze“ rapide zu.³⁰ Das negative Bild der Besatzungsmacht verstärkte bei nicht wenigen einen tief sitzenden Antikommunismus, der auch auf die Gewerkschaften bezogen werden konnte.

Das Nachspiel: Folgekonflikte und neue Konfliktlösungswege

Beendet wurde der Aufstand also im Wesentlichen schon am 17. Juni durch das Eingreifen sowjetischer Truppen seit den Mittagsstunden und die Verhängung des Kriegsrechts; Demonstrationen und Streiks wurden in ihrem massenhaften Auftreten binnen weniger Tage unterbunden. Langfristig sicherte sich die SED-Spitze mit einer Doppelstrategie ab: Die Gewerkschaften wurden verpflichtet, „in Richtung des offenen Kampfes gegen faschistische

26 Otto Lehmann an ZK der SED, Berlin 17.6.1953, in: SAPMO-BArch, DY 34, 23646.

27 Herbert Warnke an Genossen Walter Ulbricht, ZK der SED, Berlin 18.6.1953, in: SAPMO-BArch, DY 34, 23646.

28 Anlage zum Protokoll der Sekretariatssitzung (IG Bergbau) vom 6.7.1953, nicht gez., Halle (Saale) 9.7.1953, S. 1-7, in: SAPMO-BArch, DY 37, 87. Neben der IG Bergbau forderten in der Folge des 17. Juni 1953 auch Funktionäre der IG Bau und der IG Metall mehr Eigenständigkeit der Industriegewerkschaften; sie wurden allerdings in der Folge ihrer Funktionen enthoben. Vgl. Detlev Brunner, Sozialdemokraten im FDGB. Von der Gewerkschaft zur Massenorganisation. 1945 bis in die frühen 1950er Jahre, Essen 2000, S. 399-401.

29 Vgl. etwa Bericht der Agitationsgruppe Schacht I, gez. Reul und Bericht der Agitationsgruppe Schacht II, gez. Bachmann, beide o.D. (zweite Junihälfte 1953), in: Bergarchiv Freiberg (BAF), VEB StKW Dt., Nr. 124.

30 ZV IGB, Org.-Instrukteur-Abt., gez. Lindau, Bericht über die Tätigkeit des Klassengegners in den Bergbaubetrieben an die Vorsitzenden und die Parteileitung im Hause, Halle (Saale) 4.12.1953, S. 5, in: SAPMO-BArch, DY 37, NR. 182.

Provokateure und für die wirkliche Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder einzutreten“.³¹ Dies beinhaltete, dass eine Minderheit von „Verführern“ ausgemacht wurde, über die Entlassungen, Verhaftungen oder gar die Todesstrafe verhängt wurden, während die Mehrheit der „Verführten“ mit einer Reihe materieller Verbesserungen bedacht wurde.

Obwohl also die grundsätzliche Kritik an der Ausrichtung des FDGB in keiner Weise berücksichtigt wurde, ließ sich die Mehrheit der Beschäftigten mit diesem Vorgehen besänftigen: Zum einen war das Hauptanliegen, nämlich eine Berücksichtigung materieller Interessen zumindest ansatzweise, soweit dies die ostdeutsche Wirtschaftslage zuließ, befriedigt worden; zum anderen war allen spätestens seit dem Einsatz sowjetischer Panzer deutlich geworden, dass sich die politischen Forderungen in der Zeit des Kalten Krieges ohnehin nicht durchsetzen lassen würden. Gleichwohl ließ sich die gesteigerte Konfliktbereitschaft nicht von einem Tag auf den anderen beseitigen, wie viele kleine Folgeauseinandersetzungen zeigen. Lohnforderungen wurde mit Streikdrohungen Nachdruck verliehen. Häufiger kam es noch über Wochen zu neuen Streiks, um die Freilassung der als „Rädelsführer“ verhafteten Kollegen zu erreichen.³² Andere Belegschaften zeigten ihre Enttäuschung über den Ausgang des Aufstands, indem sie auf Halbmast flaggten.³³ Und Gewerkschaftsfunktionäre eines Werkes erhielten im Oktober und November Drohbriefe von einem „Interessenverband der Interessen der Werktätigen nach dem 17. Juni 1953 in der Ostzone, Sekretariat Halle“, um nur einige Beispiele zu erwähnen.³⁴

Vor allem aber blieb noch längerfristig ein deutlicher Unmut gegen den FDGB bestehen, der sich als Gesamtorganisation nicht auf die Seite der Streikenden gestellt hatte und nun dabei half, die Verfolgungen einzuleiten. In den Betrieben würde „den Gewerkschaften die Hauptschuld an den Vorkommnissen zur Last gelegt“, die Beschäftigten seien der Meinung, „dass die Gewerkschaften keine Interessenvertreter der Werktätigen mehr gewesen seien“, analysierte ein Bezirksvorstand des FDGB.³⁵ Viele Belegschaften forderten noch einmal die Trennung von Partei und Gewerkschaft: Der FDGB solle wieder eine „Gewerkschaft im alten Sinne werden. Sie darf nicht der verlängerte Arm der Partei sein.“³⁶ Und schließlich wurde gefragt: „Regierung und Partei haben Fehler eingesehen, wo bleibt der FDGB?“³⁷ Diese Stimmung machte sich in Misstrauensanträgen und der Forderung nach Neuwahlen von der Ebene der Betriebsgewerkschaftsleitungen bis hinauf zum Bundesvorstand Luft. Austrittserklärungen, die im Einzelfall ganze Belegschaften umfassten, und Beitragsverweigerungen kamen in großer Zahl vor.

Die Reaktion der gewerkschaftlichen Basisfunktionäre auf diese Situation war ambivalent. Nur eine Minderheit schloss sich dem allgemeinen Protest an, indem sie etwa ihrerseits den Gewerkschaftsspitzen das Misstrauen aussprach oder aus der SED austrat, um der Forderung

31 Protokoll der 10. Zentralvorstandssitzung der IG Chemie vom 10.-11.9.1953 in Berlin, S. 2, in: SAPMO-BArch, DY 38, 11.

32 S. für ein prominentes Beispiel: Betriebsversammlung in den Buna-Werken am 16.7.1953 im Auftrage des ZK, S. 3f., in: SAPMO-BArch, DY 34, 21736.

33 FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 35 (Vertraulich), Berlin 22.6.1953, S. 1, in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668.

34 ZV der IGB, Org.-Instr.-Abt., Bericht über die Tätigkeit des Klassengegners in den Bergbaubetrieben, an die Vorsitzenden und die Parteileitung im Hause, gez. Lindau, Halle/Saale 4.12.1953, in: SAPMO-BArch, DY 37, 182.

35 FDGB Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt, Org. Massenarbeit, Analyse über die Ereignisse vom 17. Juni bis 17. Juli 1953 im Bezirk Karl-Marx-Stadt, 17.7.1953, S. 10, in: SAPMO-BArch, DY 34, 20563.

36 S. für ein Beispiel für viele: FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 38 (Vertraulich), Berlin 23.6.1953, S. 9, in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668.

37 FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 39 (Vertraulich), Berlin 24.6.1953, S. 4, in: SAPMO-BArch, DY 34, 22668.

nach der Trennung von Partei und Gewerkschaft gerecht zu werden. Die Mehrheit aber hielt sich zurück, nicht nur was eine Unterstützung der Belegschaftsmehrheiten anging, sondern auch in Bezug auf eine Propagierung und Erklärung der SED-Politik:³⁸ Ende Juni stellte der Bundesvorstand fest, dass viele Funktionäre Angst vor letzterem hätten und es für verfrüht halten würden, Belegschaftsversammlungen durchzuführen und Entschließungen anzunehmen.³⁹ Als Folge davon, genau an der Schnittstelle zwischen den Ausführungsbefehlen der Gewerkschaftsspitzen und den Forderungen der Belegschaften positioniert zu sein und entsprechend von oben und unten zugleich angegriffen zu werden, trat eine gewisse Resignation auf, die ein Bezirksvorstand des FDGB in die Worte fasste: „Bei nicht wenigen Funktionären vor allem im Betriebs- und Gebietsmaßstab tritt eine gewisse Lethargie in Erscheinung, die darin zum Ausdruck kommt, dass sie sagen - der Sündenbock sind wieder die Gewerkschaften - die haben alles falsch gemacht. Ob so oder so, die Gewerkschaften müssen herhalten, da muss man doch müde werden.“⁴⁰

Nach dem Aufstand sowie dessen Niederschlagung modifizierte sich die Art und Weise, in der Verteilungskonflikte ausgetragen wurden, langfristig in zwei Richtungen. Erstens führte die „Müdigkeit“, die sich vieler Basisfunktionäre bemächtigte, in Verbindung mit dem spätestens jetzt bestehenden Vertrauensverlust der Belegschaftsmehrheiten in die Gewerkschaften, ob sich dieser nun in einer Missbilligung der Transformation des FDGB oder einer Enttäuschung über dessen geringe Machtressourcen begründete, dazu, dass sich der Stellenwert von Gewerkschaftsarbeit bei der Vertretung von Beschäftigteninteressen vor Ort weiter verringerte, ohne allerdings ganz zu verschwinden. Den Platz der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben nahmen dafür nicht vorgesehene Instanzen ein, allen voran die Produktionsbrigaden, deren Entwicklung in der DDR seit 1950 ihren eigentlichen Aufschwung genommen hatte. Sie trugen nicht nur auf ihre Gruppe begrenzte, informelle Arbeitskämpfe aus, sondern boten auch einen wichtigen Ort der Unterstützung, um die täglichen Probleme am Arbeitsplatz und in der Lebenshaltung zu bewältigen. In mancherlei Hinsicht nahmen Brigaden für ihre einzelnen Mitglieder die Funktion der Ende 1948 aufgelösten Betriebsräte beziehungsweise „quasigewerkschaftliche Aufgaben“ wahr.⁴¹

Zum zweiten wesentlichen Merkmal von Arbeitskonflikten nach 1953 wurde das Bestreben, diese nach Möglichkeit unterhalb der Schwelle auszutragen, von der ab sie von der SED-Führung politisiert worden wären. Entscheidend für dieses Verhalten war auf der einen Seite die gesteigerte Angst vor Repressionen, auf der anderen Seite die größere Bereitschaft der SED zu sozialen Zugeständnissen nach dem Schock vom 17. Juni 1953, als ihr vor den Augen der Weltöffentlichkeit die Legitimation ihrer Herrschaft entzogen worden war. Entsprechend konnte sich in der Folgezeit, auch wenn eine Formalisierung des Interessenausgleichs im Herrschaftssystem der DDR weiterhin tunlichst vermieden wurde, gleichsam ein „Konfliktabwiegelungsritual“ entwickeln, mit dessen Hilfe unter anderem Lohnfragen auf der

38 Dies war im übrigen bereits die Haltung der meisten hauptamtlichen Basisfunktionäre während des Aufstandes selbst gewesen: Sie waren in der Regel sowohl nicht in den Streikleitungen gewesen – und darum von den Belegschaften auch gar nicht ersucht worden – wie sie auch versucht hatten, möglichst nicht durch persönliches Erscheinen zur Zielscheibe des Protests vor Ort zu werden. Im wesentlichen beteiligten sich am Streik nur die untersten ehrenamtlichen Funktionäre, die sich – im Kaderstaat der DDR massenhaft in Funktionen hineingespült – ohnehin durchweg eher als einfache Beschäftigte denn als Vertreter des FDGB verstanden.

39 So über die Funktionäre des Bezirks Potsdam, in: FDGB BV, Org.-Instr.-Abt., Sektor Information, Information Nr. 50 (Vertraulich), Berlin 29.6.1953, S. 3, in: SAPMO-BArch, DY 34, 22669.

40 FDGB Bezirksvorstand Karl-Marx-Stadt, Org. Massenarbeit, Analyse über die Ereignisse vom 17. Juni bis 17. Juli 1953 im Bezirk Karl-Marx-Stadt, 17.7.1953, S. 12f., in: SAPMO-BArch, DY 34, 20563.

41 Peter Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1970, Berlin 1995, S. 212-245, Zitat S. 218f.

Betriebsebene, in Gesprächen mit den funktionären im Betrieb und der Werksleitung⁴², gelöst wurden.⁴³

Gewerkschaftsfunktionäre an der Basis nahmen in der Regel an solchen Konfliktabwiegelungsritualen teil beziehungsweise tolerierten sie zumindest. Der FDGB als Institution gesehen diente aber nun nicht mehr - wie etwa die Gewerkschaften der Weimarer Republik - der Behebung von Konflikten, sondern war zu einem Instrument der Konfliktunterdrückung geworden - sowohl über die Unterstützung von Repressionen wie auch über die Organisation von Sozialpolitik. Wenn der Organisationsgrad im FDGB allen Austritten zum Trotz dennoch ausgesprochen hoch blieb, dann lag dies nicht in traditionellen gewerkschaftlichen Funktionen begründet, sondern vor allem im Wunsch nach einer Teilhabe am - vom FDGB zu weiten Teilen monopolistisch verwalteten - sozialpolitischen Angebot. Von den Arbeitern, die in den 1950er-Jahren von der DDR in die Bundesrepublik kamen und dort interviewt wurden, hielten immerhin 75 Prozent soziale Betreuung für die zentrale Funktion des FDGB; weitere 43 beziehungsweise 42 Prozent erwähnten die gesundheitliche wie auch Ferien- und Freizeitbetreuung.⁴⁴ Daneben spielte für die unpolitische Mehrheit der Beschäftigten eine Rolle, dass ihnen eine Mitgliedschaft im FDGB ein rein ritualisiertes Mitmachen ermöglichte, mit dem sie der permanenten Anforderung nach Partizipation begegnen konnten.⁴⁵

Der FDGB nach 1953 steht also zum einen für die Stabilisierung der SED-Herrschaft, indem er sowohl eine sozialpolitische Pazifizierung wie auch einen gewissen Grad an Integration - und sei es nur über eine ritualisierte Beteiligung - ermöglichte. Auf der anderen Seite steht er genauso für die rasche Implosion nicht nur der SED-Herrschaft, sondern auch seiner eigenen Organisation 1989/90. Erstens konnte eine Integration über ihn nur sehr oberflächlich erfolgen, während sich das eigentliche Leben der Menschen in die sich herausbildende Nischengesellschaft verlagerte. Zweitens erreichte die Sozialpolitik des FDGB zwar ein Stillhalten, nie aber wirkliche Zufriedenheit - die Problematik von Verteilungskonflikten blieb bestehen, und im Vergleich zum Westen mussten sich die DDR-Bürger ohnehin benachteiligt fühlen. Drittens überforderte der sozialpolitische Zugzwang, unter den sich die SED-Führung nach dem Juni-Aufstand gesetzt sah und der sich in der Ära Honecker noch einmal deutlich stärker auswirken sollte, die DDR in volkswirtschaftlicher Hinsicht völlig. Viertens steht die Verweigerung, die grundsätzliche Kritik der Beschäftigten an Struktur und Ausrichtung des FDGB ernst zu nehmen, wie auch die Unfähigkeit, unter dem Dogma der Interessenübereinstimmung von Gesellschaft und Individuum legale Konfliktlösungswege bereit zu stellen, für die Reformunfähigkeit sowie die daraus resultierende Erstarrung und Aushöhlung der Gewerkschaften.

42 Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, S. 192-210. Faktisch blieben Streiks, obwohl deren Möglichkeit in FDGB-Satzung und DDR-Verfassung verankert war, weiterhin illegal. Aus dem Dogma der Interessenidentität gesellschaftlicher und individueller Interessen wurde in der Praxis abgeleitet, dass ein Streik in einem Volkseigenen Betrieb ein Streik gegen sich selbst, also sinnlos sei, weshalb Bundesvorstand und Zentralvorstände - von Ausnahmen abgesehen - nie die für einen legalen Streik notwendige Zustimmung gaben. Drastische Strafen für die Beteiligten illegaler Streiks waren aufgrund des Artikel 6 der DDR-Verfassung „Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen“, der Grundlage selbst für Todesurteile sein konnte, möglich. Hübner, Konsens, Konflikt und Kompromiß, S. 179-185.

43 Peter Hübner, Balance des Ungleichgewichts. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft, in: GG 19 (1993), S. 15-28, S. 26f.

44 Graf Blücher, Industriearbeiterschaft, S. 51.

45 Johannes Huinink/Karl Ulrich Mayer, Lebensverläufe im Wandel der DDR-Gesellschaft, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993, S. 151-171, S. 153.